

Landkreis Wittenberg

Der Landrat



Breitscheidstraße 3
06886 Lutherstadt Wittenberg

Postanschrift:
Postfach 251
06872 Lutherstadt Wittenberg

Besucheradresse:
Hinweis:

Wittenberg / Dessauer Straße 13
Bitte richten Sie sämtlichen
Schriftverkehr nur an die Postanschrift!

Per Einschreiben

Herr Kazim Görgülü

L

Datum und Zeichen Ihres Schreibens:

Mein Aktenzeichen
601

Auskunft erteilt
Herr Gramatke

Telefonnummer
0345-6912 400

Datum: 2006-11-30

Sehr geehrter Herr Görgülü,

wie Ihnen sicherlich bekannt sein wird, kann das Amtsgericht Wittenberg die beantragte Adoption nicht mehr aussprechen, nachdem Christofer vertreten durch den Amtsvormund, den Antrag vom 21.1.2001 auf Ersetzung der Einwilligung des Kindsvaters in die Einwilligung der Adoption des Kindes Christofer unter dem 31.7.2006 zurückgenommen hat. Ob und wann das Amtsgericht Wittenberg das dort anhängige Adoptionsverfahren durch gerichtliche Entscheidung formal und rechtskräftig abschließen wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe das Amtsgericht um eine möglichst schnelle Erledigung gebeten. Zunächst verbleibt es bei der Amtsvormundschaft des Jugendamtes. Eine eventuelle Änderung bleibt einer gerichtlichen Sorgerechtsentscheidung vorbehalten.

Aufgrund der eingangs dargestellten Gründe ist beabsichtigt, das mit den Eheleuten Bauer bestehende Adoptionspflegeverhältnis zu beenden. Ich habe eine Prüfung eingeleitet, wo und wie Christofer kindswohlgerecht künftig untergebracht werden soll. Erwogen wurden verschiedene Möglichkeiten, u.a. eine Unterbringung in einem „Kinderheim“, bei Ihnen bzw. in einer anderen Pflegefamilie oder in der bisherigen Pflegefamilie.

Im Ergebnis beabsichtige ich, vorbehaltlich anders lautender gerichtlicher Entscheidungen, Christofer im Rahmen der Hilfe zur Erziehung gem. §§27,33 SGB VIII in eine geeignete Pflegefamilie zu geben. Als Besten geeignet erachte ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Eheleute Bauer als Pflegefamilie. Ausschlaggebend ist die Erwägung, dass unter dem Gesichtspunkt des Kindeswohls ein Wechsel der Unterbringung des Kindes möglichst zu vermeiden ist (vgl. Ermann, BGB Handkommentar, hrsg. v. Westermann, 10. Aufl., § 1744 Rz. 2).

Ich kann verstehen, wenn Sie vor dem Hintergrund der bisherigen Auseinandersetzung mit den Eheleuten Bauer wg. der Durchführung bzw. Nichtdurchführung der Umgänge hiergegen Einwände erheben sollten. Ich bitte Sie bei alledem jedoch zu berücksichtigen, dass Ihr Sohn im Laufe der Jahre zu den Eheleuten Bauer emotionale Bindungen entwickelt hat, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, die Eheleute Bauer als dessen soziale Eltern anzusehen. Hierbei verkenne ich nicht, dass Ihnen eine derartige Bewertung zunächst ungerecht erscheinen muss, da Sie seit Jahren um das Umgangs- und Sorgerecht für Ihren Sohn kämpfen. Auch wenn – wie zwischenzeitlich höchstrichterlich festgestellt – Ihnen Unrecht geschehen ist, darf man unter den hier allein maßgeblichen Kindeswohlaspekten die zu den Eheleuten Bauer gewachsenen emotionalen Bindungen des Christofer nicht unberücksichtigt lassen.

Vielleicht wird es Sie etwas beruhigen, wenn ich Ihnen versichere, dass geplant ist, im Rahmen des zu begründenden Pflegeverhältnisses detaillierte vertragliche Absprachen insbesondere über die Organisation und Durchführung der Umgänge zwischen Christofer und Ihnen zu treffen, deren Verletzung unweigerlich Sanktionen bis hin zur Beendigung des Pflegeverhältnisses nach sich ziehen würden.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf eine weitere Konsequenz. Mit der Beendigung der Adoptionspflege leben die Ihnen als leiblichem Vater obliegenden Unterhaltspflichten wieder auf. Sollte es zur Begründung des dargestellten Pflegeverhältnisses im Rahmen der Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege gem. §§27,33 SGB VIII kommen, trüge zunächst das örtlich zuständige Jugendamt die resultierenden Kosten. Allerdings wäre das Jugendamt von Gesetzes wegen gehalten, Sie als unterhaltspflichtigen Elternteil in angemessenem Umfang aus Ihrem Einkommen zu einem Kostenbeitrag heranzuziehen. Das folgt aus §94 Abs.1 SGB VIII i.V.m. §§91Abs.1Nr.5 Buchst. a, 92 Abs. 1Nr.5, 93 SGB VIII. Die Heranziehung würde in einem gesonderten Verfahren im Anschluss durch Leistungsbescheid erfolgen.

Ohne diesem Verfahren vorgreifen zu wollen, möchte ich auf folgendes hinweisen:

Zum Einkommen gehören gem. §93 SGB VIII grundsätzlich alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert. Abzusetzen sind Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge sowie nach Grund und Höhe angemessene Beiträge zu Versicherungen oder ähnlichen

Einrichtungen zur Absicherung der Risiken Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit. Abzuziehen sind auch Belastungen wie Beiträge zu Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, die mit der Erzielung von Einkommen verbundenen notwendigen Ausgaben sowie Schuldverpflichtungen. Auf der Grundlage des so ermittelten Einkommens ist zu ermitteln, in welchem Umfang Sie heranzuziehen sind. Rechtsgrundlage hierfür ist §94Abs.5 SGB VIII i.V.m. der Kostenbeitragsverordnung vom 1.10.2005(BGBl. I, S.2907ff.). Eine Kopie dieser Rechtsverordnung habe ich zu Ihrer Information beigefügt.

Da Sie von den dargelegten Maßnahmen bzw. deren rechtlichen Konsequenzen unmittelbar berührt wären, möchte ich Ihnen hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Ihrer Stellungnahme sehe ich bis zum 20.12.2006 entgegen.

Mit freundlichen Grüßen


Gramatke

Anlagen: 3

**Verordnung
zur Festsetzung der Kostenbeiträge für Leistungen
und vorläufige Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe
(Kostenbeitragsverordnung – KostenbeitragsV)**

Vom 1. Oktober 2005

Auf Grund des § 94 Abs. 5 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3546), der durch Artikel 1 Nr. 49 des Gesetzes vom 8. September 2005 (BGBl. I S. 2729) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

§ 1

Festsetzung des Kostenbeitrags

(1) Die Höhe des Kostenbeitrags, den Eltern, Ehegatten oder Lebenspartner junger Menschen zu entrichten haben, richtet sich nach

- a) der Einkommensgruppe in Spalte 1 der Anlage, der das nach § 93 Abs. 1 bis 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zu ermittelnde Einkommen zuzuordnen ist, und
- b) der Beitragsstufe in den Spalten 2 bis 6 der Anlage, die nach Maßgabe dieser Verordnung zu ermitteln ist.

(2) Für jede kostenbeitragspflichtige Person wird der jeweilige Kostenbeitrag getrennt ermittelt und erhoben.

§ 2

**Wahl der Beitragsstufe
bei vollstationären Leistungen**

(1) Die Höhe des Beitrags zu den Kosten einer vollstationären Leistung nach § 91 Abs. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ergibt sich aus den Beitragsstufen zur jeweiligen Einkommensgruppe in den Spalten 2 bis 4 der Anlage.

(2) Wird die kostenbeitragspflichtige Person zu den Kosten vollstationärer Leistungen für eine Person nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch herangezogen, so ergibt sich die Höhe des Kostenbeitrags aus Spalte 2. Wird sie für mehrere Personen zu den Kosten herangezogen, so ergibt sich die Höhe des Kostenbeitrags für die zweite Person aus Spalte 3, für die dritte Person aus Spalte 4. Ab der vierten vollstationär untergebrachten Person wird nur noch ein Kostenbeitrag nach Maßgabe von § 7 erhoben.

§ 3

**Wahl der Beitragsstufe
bei teilstationären Leistungen**

(1) Die Höhe des Kostenbeitrags für teilstationäre Leistungen nach § 91 Abs. 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ergibt sich aus den Beitragsstufen zur jeweiligen Einkommensgruppe in den Spalten 5 und 6 der Anlage.

(2) Beträgt die tägliche Förderung durchschnittlich über fünf Stunden, so ergibt sich der maßgebliche Kostenbeitrag aus der jeweiligen Beitragsstufe in Spalte 5, anderenfalls aus der jeweiligen Beitragsstufe in Spalte 6.

§ 4

Berücksichtigung weiterer Unterhaltspflichten

(1) Ist die kostenbeitragspflichtige Person gegenüber anderen Personen nach § 1609 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im mindestens gleichen Rang wie dem untergebrachten jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zum Unterhalt verpflichtet und lebt sie mit ihnen in einem gemeinsamen Haushalt oder weist sie nach, dass sie ihren Unterhaltspflichten regelmäßig nachkommt, so ist sie

1. bei einer Zuordnung des maßgeblichen Einkommens zu einer der Einkommensgruppen 2 bis 7 je Unterhaltspflicht einer um zwei Stufen niedrigeren Einkommensgruppe zuzuordnen,
2. bei einer Zuordnung des maßgeblichen Einkommens zu einer der Einkommensgruppen 8 bis 20 je Unterhaltspflicht einer um eine Stufe niedrigeren Einkommensgruppe zuzuordnen

und zu einem entsprechend niedrigeren Kostenbeitrag heranzuziehen.

(2) Würden die Unterhaltsansprüche vorrangig Berechtigter trotz einer niedrigeren Einstufung nach Absatz 1 auf Grund der Höhe des Kostenbeitrags geschmälert, so ist der Kostenbeitrag entsprechend zu reduzieren. Würden die Unterhaltsansprüche gleichrangig Berechtigter geschmälert, so liegt eine besondere Härte im Sinne des § 92 Abs. 5 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch vor. Lebt die kostenbeitragspflichtige Person nicht in einem Haushalt mit der Person, gegenüber der sie mindestens im gleichen Rang zum Unterhalt verpflichtet ist, findet eine Reduzierung nur statt, wenn die kostenbeitragspflichtige Person nachweist, dass sie ihren Unterhaltspflichten regelmäßig nachkommt.

§ 5

Behandlung hoher Einkommen

(1) Liegt das nach § 93 Abs. 1 bis 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch maßgebliche Einkommen eines Eltern, Ehegatten oder Lebenspartners oberhalb der Einkommensgruppe 30 der Anlage, so ist der Kostenbeitrag nach den folgenden Grundsätzen zu errechnen.

(2) Die Höhe des Kostenbeitrags für vollstationäre Leistungen beträgt

1. 25 Prozent des maßgeblichen Einkommens, wenn der Kostenpflichtige zu den Kosten für eine Person herangezogen wird,
2. zusätzlich 15 Prozent des maßgeblichen Einkommens, wenn der Kostenpflichtige zu den Kosten für eine zweite Person herangezogen wird,
3. zusätzlich 10 Prozent des maßgeblichen Einkommens, wenn der Kostenpflichtige für eine dritte Person herangezogen wird.

Ab der vierten vollstationär untergebrachten Person wird nur noch ein Kostenbeitrag nach Maßgabe von § 7 erhoben. Liegt das nach § 93 Abs. 1 bis 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch maßgebende Einkommen eines Elternteils, Ehegatten oder Lebenspartners oberhalb der Einkommensgruppe 30 der Anlage, so kann eine Heranziehung bis zur vollen Höhe der Kosten für stationäre Leistungen erfolgen.

(3) Die Höhe des Kostenbeitrags für teilstationäre Leistungen beträgt

1. 5 Prozent des maßgeblichen Einkommens für Leistungen mit einer Betreuungszeit von mindestens fünf Stunden und
2. 3 Prozent des maßgeblichen Einkommens für Leistungen mit einer Betreuungszeit von unter fünf Stunden.

(4) Die Kostenbeiträge dürfen die Höhe der tatsächlichen Aufwendungen nicht überschreiten.

§ 6

Heranziehung der Eltern bei Leistungen für junge Volljährige

Bei Leistungen für junge Volljährige ist ein kostenbeitragspflichtiger Elternteil höchstens zu einem Kostenbeitrag auf Grund der Einkommensgruppe 14 heranzuziehen.

§ 7

Einsatz des Kindergelds

(1) Ein Elternteil hat einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergelds zu zahlen, wenn

1. vollstationäre Leistungen erbracht werden,
2. er Kindergeld für den jungen Menschen bezieht und
3. er nach Maßgabe von §§ 2 und 4 keinen oder einen Kostenbeitrag zu zahlen hätte, der niedriger als das monatliche Kindergeld ist.

(2) Bei einer Erstattung nach § 74 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes wird das Kindergeld in voller Höhe vom Kostenbeitrag des Kindergeldberechtigten Elternteils abgezogen.

§ 8

Übergangsregelung für Altfälle

(1) Ergibt sich bei der Umstellung der Heranziehung zu den Kosten nach Maßgabe des § 97b des Achten Buches Sozialgesetzbuch ein Kostenbeitrag, der mehr als 20 Prozent über der bisherigen Belastung liegt, so ist in den ersten sechs Monaten nach der Umstellung bis zur Einkommensgruppe 12 nur eine hälftige Erhöhung vorzunehmen. Danach ist der Kostenbeitrag in voller Höhe zu erheben.

(2) Waren die Eltern bisher als Gesamtschuldner kostenbeitragspflichtig, so ist jedem der beiden Elternteile bei der Vergleichsberechnung nach Absatz 1 die hälftige Belastung zuzurechnen.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 1. Oktober 2005

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Renate Schmidt

Anlage
(zu § 1)

Maßgebliches Einkommen nach § 93 Abs. 1 bis 3 Achttes Buch Sozialgesetzbuch		Beitragsstufe 1 vollstationär erste Person	Beitragsstufe 2 vollstationär zweite Person	Beitragsstufe 3 vollstationär dritte Person	Beitragsstufe 4 teilstationär über 5 Std.	Beitragsstufe 5 teilstationär bis zu 5 Std.
Einkommens- gruppe	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Spalte 1		Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6
1	bis 750	0 ^{*)}	0 ^{*)}	0 ^{*)}	0	0
2	751 bis 850	60 ^{*)}	25 ^{*)}	0 ^{*)}	40	24
3	851 bis 950	185	50 ^{*)}	0 ^{*)}	45	27
4	951 bis 1 050	250	100 ^{*)}	50 ^{*)}	50	30
5	1 051 bis 1 150	275	165 ^{*)}	70 ^{*)}	55	33
6	1 151 bis 1 300	305	180	100 ^{*)}	60	37
7	1 301 bis 1 450	340	205	135 ^{*)}	65	41
8	1 451 bis 1 600	380	230	150 ^{*)}	75	46
9	1 601 bis 1 800	425	255	170 ^{*)}	85	51
10	1 801 bis 2 000	475	285	190	95	57
11	2 001 bis 2 200	525	315	210	105	63
12	2 201 bis 2 400	575	345	230	115	69
13	2 401 bis 2 700	635	380	255	125	76
14	2 701 bis 3 000	710	425	285	140	85
15	3 001 bis 3 300	785	470	315	155	94
16	3 301 bis 3 600	875	515	345	170	103
17	3 601 bis 3 900	935	560	375	185	112
18	3 901 bis 4 200	1 010	605	405	200	121
19	4 201 bis 4 600	1 100	660	440	220	132
20	4 601 bis 5 000	1 200	720	480	240	144
21	5 001 bis 5 500	1 375	825	550	275	165
22	5 501 bis 6 000	1 500	900	600	300	180
23	6 001 bis 6 500	1 625	975	650	325	195
24	6 501 bis 7 000	1 750	1 050	700	350	210
25	7 001 bis 7 500	1 875	1 125	750	375	225
26	7 501 bis 8 000	2 000	1 200	800	400	240
27	8 001 bis 8 500	2 125	1 275	850	425	255
28	8 501 bis 9 000	2 250	1 350	900	450	270
29	9 001 bis 9 500	2 375	1 425	950	475	285
30	9 501 bis 10 000	2 500	1 500	1 000	500	300

^{*)} Bezieht der kostenbeitragspflichtige Elternteil das Kindergeld, so ist das auf das Kind entfallende Kindergeld in voller Höhe als Kostenbeitrag einzusetzen.